

# Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 18. Dezember 1968

Blatt 3818

## Budgetdebatte fünfter Tag:

### Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten =====

18. Dezember (RK) Im ersten Referat des heutigen **fünften** Tages der Budgetberatungen im Wiener Rathaus referierte Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel (ÖVP) über das Kapitel VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.

Dieser Verwaltungsgruppe werden im Rechnungsjahr 1969 insgesamt 255 Millionen zur Verfügung stehen; das sind um 15,9 Millionen mehr als im Jahre 1968. Die Baubehörde erwartet mehrere neue Gesetze: Die Novellierung der Bauordnung für Wien aus 1930, ein Gesetz zur Förderung der Baulanderschließung in Wien, und eine Neufassung des Gesetzes über Kanalanlagen und -einmündungsgebühren, sowie andere Teilnovellierungen von Landesgesetzen. Das Inkrafttreten einer novellierten Bauordnung für Wien ist zeitlich noch nicht abzusehen.

Das bisherige Verfahren zur Begutachtung eines Baulandsteuergesetzes für Wien hat zu sehr konträren Ergebnissen geführt; auch in diesem Fall kann der Zeitpunkt für das Inkrafttreten eines derartigen Gesetzes vorerst nicht abgeschätzt werden.

Gesetzesvorbereitende Maßnahmen erinnern daran, daß fast jedes neue Gesetz und die meisten Gesetzesnovellen neue administrative Arbeiten nach sich ziehen. So hatte zum Beispiel die Gebrauchsabgabennovelle 1967 zur Folge, daß im letzten Jahr für die notwendigen Neubemessungen 13.104 Akte zusätzlich bearbeitet werden mußten. Das Parkinson'sche Gesetz kann auf die Gruppe Baupolizei nicht angewendet werden. ./.

Die steigenden Zahlen des Akteneinlaufes weisen auf die Tatsache hin, daß die Bautätigkeit in der Stadt Wien in einem quantitativen und qualitativen Wachstum begriffen ist. So hat zum Beispiel der Akteneinlauf in der Magistratsabteilung 36 im vergangenen Jahr um 1.022 Stück, das sind 5,35 Prozent, zugenommen. Die Magistratsabteilung 37 wieder weist unter "Baubewilligung für Neubauten, Zu- und Umbauten" die Bewilligung zur Schaffung von 4.770 Wohnungen aus; Benützungsbewilligungen wurden für 7.428 Wohnungen gegeben. Im letzten Jahr ist im Vergleich zum Jahre 1967 die Anzahl der bewilligten Wohnungen von 2.539 auf 866 und die der zur Benützung freigegebenen Wohnungen von 2.477 auf 1.570 zurückgegangen. Die zum Teil verschiedenen Wachstumstendenzen unserer Stadt finden in diesen Zahlen einen dokumentarischen Niederschlag.

#### Gegen das wilde Bauen

Wie in allen Jahren werden in den Monaten April bis Oktober jeweils am Wochenende die Überwachungsmaßnahmen gegen das wilde Bauen fortgesetzt. Zur Steuerung der zum Teil übertriebenen Vorstellungen, die in der Öffentlichkeit von den Auswirkungen dieser Maßnahmen zirkulieren, sei festgestellt, daß zum Beispiel die Magistratsabteilung 37 an Samstagen bei insgesamt 50 Anlässen 36 Baueinstellungen verfügt hat; 81 Verwaltungsverfahren wurden eingeleitet. Insgesamt 67 Siedlungen wurden begangen und 7.100 Siedlungsgebäude aufgenommen und lageplanmäßig zur Darstellung gebracht. Für 62 Siedlungen wurden der Magistratsabteilung 18 Anträge zwecks Sanierung durch entsprechende Abänderung der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes gestellt.

Die im Jahre 1950 geschaffene sogenannte Dreierkommission, die bei der Räumung von Wohngebäuden mit mehr als einer Wohnung in Tätigkeit tritt, hat die Aufgabe, eine gleichmäßige und gerechte Behandlung solcher Vorgänge zu gewährleisten. Im Bereich der Magistratsabteilung 37, die im Gegenstand am stärksten befaßt ist, gab es heuer 43 zu begutachtende Fälle, bei denen die Räumung von 371 Wohnungen vorfristig werden mußte.

In jüngster Zeit mehrten sich Versuche verschiedenster Art, den Wald- und Wiesengürtel durch private und öffentliche Baumaßnahmen zu schmälern. Der Wald- und Wiesengürtel geht bekanntlich auf einen Beschluß des Gemeinderates vom Jahre 1905 zurück; er wurde zum Teil des Generalregulierungsplanes und ist daher nach der heutigen Bauordnung für Wien Teil des Flächenwidmungsplanes. Die Widmung "Wald- und Wiesengürtel" wirkt sich wie ein Bauverbot aus. Seit Jahren handhabt die Gruppe Baupolizei seine Überwachung nach einer Liste, in der Bauten, die im Sinne der Erhaltung des Charakters des Wald- und Wiesengürtels zulässig sind, angeführt werden. Begünstigende Ausnahmen von der Liste gibt es nicht.

#### Die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt

hat in den letzten Jahren ebenfalls eine steigende Zahl von Anträgen aber auch Einnahmen zu verzeichnen; diese haben sich von 1965 bis 1968 verdoppelt.

Trotz der vorläufig noch recht unzulänglichen räumlichen Unterbringung im Rathaus wurden mit beschränkten Mitteln zahlreiche interessante neue Versuche durchgeführt: Erstmalige Schubversuche an Bohrpfählen im Hafen Freudenau; Begutachtung und Entwicklung von Fertigteilen für den Wohnungs- und Industriebau; Versuchsarbeiten in bauphysikalischen Belangen (Wärme- und Schalldämmung); Untersuchung der Kältebrücken bei Sandwichplatten (Beton, Isolierstoff, Beton); Versuchsmarkierungen mit Bodenmarkierungsfarben (zusammen mit der Magistratsabteilung 46). Hierzu ist erwähnenswert, daß vom Bundesministerium für Bauten und Technik der Auftrag zu erwarten ist, für sämtliche Bundesstraßen die Markierungsfarben zu untersuchen, zu begutachten und auszuwählen!

Ab sofort werden übrigens alle Spezialbauten von der Stadt Wien im Planungszustand bauphysikalisch und bauchemisch begutachtet werden. Diese Gutachten werden als Grundlage für die planenden Architekten, Statiker und Bauausführenden dienen.

Eine wichtige Aufgabe wird der Prüf- und Versuchsanstalt in Zusammenhang mit den Vorsorgen für die Reinhaltung von Gewässern und der Luft zukommen, hinsichtlich der Vernichtung von Giften und gifthältigen Stoffen und schließlich anlässlich des Neubaus von Kläranlagen und Neutralisationsanlagen. Der Neubau der Prüfhalle in Simmering ist überdies soweit fortgeschritten, daß mit der Eröffnung im Frühjahr gerechnet werden kann.

#### Über hunderttausend Straßenleuchten

1969 werden die Kosten für Betriebs- und Instandhaltung der öffentlichen Beleuchtung auf 58,5 Millionen steigen. Verursacht wird dies durch den zu erwartenden Zuwachs von etwa 7.000 Beleuchtungsstellen, aber auch durch steigende Lohn- und Materialkosten. Für den Neu- und Umbau der Beleuchtungsanlagen werden 35,7 Millionen vorgesehen, davon eine weitere Rate von fünf Millionen für die Verbesserung der Beleuchtung in den Hauptstraßen.

In Wien wird es übrigens am 31. Dezember 1968 etwa 103.400 Leuchten mit 154.200 Lampen geben.

1968 verzeichnete man einen Zuwachs von 7.700 Lichtstellen, eine Steigerung des installierten Lichtstromes und damit Verbesserungen des Beleuchtungsniveaus und der Gleichförmigkeit der Beleuchtung. Trotzdem stieg der Stromkonsum nur ganz wenig von 13.493 kW auf 13.502 kW, also um ganze neun kW.

Ein 1963 beschlossenes Fünf-Jahres-Programm, das bekanntlich mit dem Straßenbau gekoppelt gewesen ist, brachte unter anderem den Nachteil, daß Hauptstraßen, die 1963 in dieses Programm nicht aufgenommen worden sind, bei den Maßnahmen zur Beleuchtungsverbesserung vorerst in Rückstand gerieten. Für 1969 werden daher Mittel für Beleuchtungsverbesserungen dieser Hauptstraßen zur Verfügung gestellt werden müssen. Insgesamt sollen rund 60 Kilometer Straßen eine bessere, zum Teil ganz neue Beleuchtung bekommen.

Fast 113 Millionen für Friedhöfe

Die Gesamtausgaben für die städtischen Friedhöfe werden sich im Jahre 1969 auf 112,8 Millionen Schilling belaufen. Von den Ausgaben fällt fast die Hälfte, nämlich 55,9 Millionen Schilling, auf den Personalaufwand; sechs Millionen Schilling dienen Investitionen und 50,9 Millionen Schilling dem Sachaufwand. Bei den baulichen Herstellungen ist vor allem die weitere Rate für den Umbau und die Vergrößerung der Feuerhalle Simmering zu erwähnen.

Für die Führung der städtischen Friedhöfe besteht das Prinzip kostendeckender Gebühren. Auch die letzte Gebührenerhöhung vom 1. August 1968 trug diesem Erfordernis Rechnung. Eine Differenz ergab sich lediglich hinsichtlich des Inkrafttretens der neuen Gebührenvorschrift. Diese Vorverlegung (vom 1. Oktober 1968 auf den 1. August 1968) hatte unter anderem für das laufende Rechnungsjahr einen Gebarungüberschuß zur Folge. Solche Mehrertragnisse kommen im laufenden Rechnungsjahr der Abdeckung der nicht unbeträchtlichen Kostenüberschreitungen beim Umbau der Feuerhalle Simmering zugute, deren bauliche Fertigstellung es schon im Frühjahr 1969 der Städtischen Bestattung ermöglichen soll, das jetzt geübte Provisorium zu beenden.

Bei der Feuerbestattung ist vorerst eine leicht sinkende Tendenz festzustellen, weil ein großer Teil der Bevölkerung die noch immer übliche zweite Zeremonie der Urnenaufbahrung ablehnt. Von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß in den meisten Auslandsstaaten die Urnenbeisetzung ohne das bei uns übliche Zeremoniell vor sich geht.

Im Interesse einer Erneuerung der Friedhofsgestaltung propagiert die Magistratsabteilung 43 für den Wiener Zentralfriedhof die Errichtung einer Denkmalschau. Die Anregung hat sowohl bei der Steinmetzindustrie als auch beim Gewerbe ein freundliches Echo gefunden. Im Gegensatz zu ähnlichen Aktionen in anderen Städten des In- und Auslandes hat aber bisher nur eine einzige Steinmetzfirma Entwürfe eingereicht.

Vorortefriedhöfe: keine Hast beim Auflassen

Auch im abgelaufenen Jahr und wahrscheinlich auch 1969 werden immer wieder Wünsche aus den beteiligten Bevölkerungskreisen an die Magistratsabteilung 43 herangetragen, die sich mit dem Schicksal der zur Auflassung bestimmten ehemaligen Vorortefriedhöfe beschäftigen. Obwohl der diesbezügliche Grundsatzbeschuß auf das Jahr 1953 zurückgeht und inzwischen bei den verschiedensten Anlässen eine Aufklärungsaktion in der Öffentlichkeit verbreitet worden ist, besteht da und dort die verständliche Sorge, daß den Hinterbliebenen die Betreuung der Grabstätten ihrer Angehörigen abrupt und schon in naher Zukunft entzogen wird. Dem ist nicht so: In den betroffenen Friedhöfen werden Beisetzungen bis zum Jahre 1975 möglich sein. Bis 1985 wird den Angehörigen die Betreuung der Grabstätten unter allen Umständen gesichert bleiben. Und nach 1985 wird der Wiener Gemeinderat in jedem einzelnen Friedhofsfalle erst recht zu befinden haben, was mit dem Areal in Zukunft zu geschehen habe.

Es wird also voraussichtlich bis weit in die 90er Jahre dauern, bis es zu effektiven Auflassungen kommt. Mit anderen Worten: Die erwähnten Maßnahmen aus dem Jahre 1953 werden nicht vor Ablauf einer Generation Wirklichkeit.

Ampeln und Signale

Die fortdauernde Motorisierung ist schuld daran, daß die finanziellen Erfordernisse für Schaffung, Erhaltung und Betrieb von Anlagen zur Verkehrsregelung und Verkehrsschutz ständig steigen. Die wissenschaftliche Analyse zur Feststellung der Ausbaupriorität von Lichtsignalanlagen hat zum Beispiel ergeben, daß die lichtsignalgeregelte Kreuzung ohne besonderes Fußgängersignal und ohne verkehrsabhängige Schaltung sicherheitsmäßig an letzter Stelle steht.

1969 werden für Verkehrsanlagen und -zeichen 19,9 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Verkehrsbehördliche Maßnahmen zur Regelung und Sicherung des Straßenverkehrs werden vor allem auf folgenden Arbeitsgebieten konzentriert:

Festlegung des Netzes der Vorrang- und Einbahnstraßen, Einrichtung besonderer Parkordnungen, insbesondere auch auf Gehsteigflächen; Einbahnstraßensysteme für Teile der Bezirke 3,10, 12, 15 und 23; Verbesserungen und Anpassungen der Einbahnführung in Zusammenhang mit den Planungen für den U-Bahn-Bau im Bereich des Karlsplatzes und des Verkehrsbauwerkes Lobkowitzbrücke; Festlegung neuer Kurzparkzonen in Ausführung der Vorschläge der Parkraumstudie von Professor Dorfwirth; Aktionen zur Gewinnung zusätzlichen Parkraumes durch Einführung besonderer Parkordnungen (Schräg-, Querparken) und letztlich Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben zur Beseitigung gewisser Behinderungen von Massenverkehrsmitteln.

Im Jahre 1969 wird die Magistratsabteilung 46 vor allem an folgenden Projektserstellungen mitbeteiligt sein: an der Lösung von Verkehrsproblemen in Zusammenhang mit der U-Bahn-Planung, am Ausbau der Donaukanalbegleitstraßen, dem Umbau des Gaudenzdorfer Knotens, der Wagramer Straße so wie der Klosterneuburger Bundesstraße, der Südautobahn zwischen Triester Straße und Favoritenstraße und dem Vorhaben Laxenburger Straße-Großgrünmarkt.

#### Die "böse" Magistratsabteilung 70

Die Magistratsabteilung 70 hat nicht nur allgemeine und grundsätzliche Verkehrsrechtsangelegenheiten zu erledigen, sondern vor allem generelle Verordnungen und individuelle Verkehrsregelungen und Beschränkungen bei Straßenbau, dem städtischen Autobus, Post, privaten Kraftfahrern, den Platzfuhrwerksgewerben, Fahrschulen und Fahrlehrern zu erlassen (derzeit gibt es in Wien 65 Fahrschulen mit 206 Fahrschul- und 925 Fahrlehrern).

Den größten Arbeitsaufwand dieser Abteilung macht die Tätigkeit als Berufungsbehörde aus. So wurden von der Bundespolizeidirektion Wien heuer wegen Übertretung der Straßenverkehrsvorschriften rund 36,2 Millionen Schilling an Strafgeldern eingehoben und an das Land Wien zwecks Straßenerhaltung abgeführt. Bei strafweisem Führerscheinentzug (besonders bei alkoholisierten Fahrzeuglenkern) wirkt sich die verschärfte Praxis dahingehend aus, daß die Zahl der Berufungsverfahren unter Einsatz von Rechtsanwälten steigt.

Die erzieherische Wirkung im Gefolge der Verschärfung der Praxis wird allerdings zum Teil dadurch aufgehoben, daß der verfügte Führerscheinenzug mehr und mehr mißachtet wird, was eine Verschärfung der Strafpraxis nach sich zieht.

#### Der "Wald" in Wien

Bei den Stadtförsten werden die hauptsächlichlichen Aufwendungen bauliche Herstellungsarbeiten zugute kommen, zum Beispiel der Instandsetzung der Lainzer Tiergartenmauer, den Wohlfahrtsaufforstungen sowie den Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für das Naturschutzjahr 1970.

1968 wurden die Stadtförste um 54 Hektar vergrößert: am Silbersee in Rodaun, beim Dehnpark und am Bisamberg. Am Laaer Berg ist der Anschluß der Wohlfahrtsaufforstungen an die Reste des ehemaligen pannonischen Eichenwaldes (Böhmischer Prater) hergestellt und die für das Landschaftsbild so notwendige Grünbeschränkung des Industriegebietes durchgeführt worden.

Im Betrieb des Lainzer Tiergartens fällt übrigens der Besucherrückgang im Vergleich zum vergangenen Jahr auf. Dies trotz der Neuaufstellung von Bänken, der Instandsetzung neuer Lagerwiesen sowie der Wiedereröffnung der Raststätte "Zur Schießstätte". Gerade für die Erschließung des Lainzer Tiergartens wird jedoch viel Arbeit und Geld aufgewendet.

Besondere Bedeutung gewann und gewinnt in Zeiten des immer heftigeren "Stadtdenkens" die "Waldgesinnung" der Großstadtbevölkerung, besonders der Jugend. Zur Förderung dessen wird nicht nur die Veranstaltung der jährlich wiederkehrenden "Woche des Waldes" in Aussicht genommen, sondern auch die Intensivierung der Lehrwanderungen der Schuljugend und die frühzeitige Aufklärungsarbeit über die Auswirkungen des Waldes auf die Wirtschaft und Wohlfahrt des Landes. Unter den für das Leben einer Großstadt entscheidenden Funktionen hat die Erhaltung der "Grünen Lunge" in der Gegenwart und vor allem in der Zukunft die allergrößte Bedeutung.

### Fixpunkte und Landkarten

Die Magistratsabteilung 41 (Stadtvermessung) kann darauf hinweisen, daß sich die Aufträge an die Stadtvermessung in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt haben. So konnte das Lagefestpunktenetz dank dem neuen elektro-optischen Distanzmeßgerät mit 2.100 Lagefestpunkten ergänzt werden. Die fotogrammetrische Herstellung der Stadtkarte 1:2000, deren erste Teile schon wieder zehn Jahre alt sind, geht der Beendigung entgegen, und die Bildmeßtechniker konnten bereits 49 Blätter der Stadtkarte im Original herstellen.

Die Arbeit der Magistratsabteilung 41 ist in der gegenwärtigen Zeit umso bemerkenswerter, als sich die Anforderungen, die seitens der Großbaustellen der Stadt Wien an die Abteilung gestellt werden, von Jahr zu Jahr vermehren. Dazu wurden die im Magistrat derzeit gegebenen Möglichkeiten zur elektronischen Datenverarbeitung für geodätische Rechenarbeiten eingesetzt. Die abteilungseigenen Rechenprogramme wurden mit eigenem Personal für die Rechanlage der Magistratsdirektion umprogrammiert.

Das Jahr 1969 wird vor allem durch den Beginn der Arbeiten für den Bau einer U-Bahn gekennzeichnet sein. Dementsprechend werden die hierzu notwendigen Baumessungen von der Magistratsabteilung 41 ausgeführt werden. Dazu ist zusätzliches Personal und der verstärkte Einsatz von Datenverrechnungsanlagen erforderlich.

Die technischen Verkehrsangelegenheiten, die Stadtvermessung sowie die legislatorischen Vorarbeiten zur Erfassung von künftigen Entwicklungsvorgängen markieren die Vorhut einer stürmischen Entwicklung in unserer Kommunalverwaltung!

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Budgetdebatte fünfter Tag:Öffentliche Einrichtungen  
=====

18. Dezember (RK) Im zweiten Referat des heutigen fünften Tages der Budgetberatungen im Wiener Rathaus referierte Stadtrat Hubert Pfoch (SPÖ) über das Kapitel VIII, Öffentliche Einrichtungen.

Die in den letzten Jahren vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Erhöhungen verschiedener Gebühren und Tarife reichen noch nicht ganz aus, die Eigenkosten zu decken. Die Einnahmen erfahren eine Steigerung um 206 Millionen Schilling oder 24 Prozent. Der Gebärungsabgang beträgt allerdings noch immer 412,2 Millionen Schilling, doch konnten Leistungen und Investitionen erhöht werden.

Im Jahre 1969 werden für Investitionen 352 Millionen Schilling bereitgestellt, das sind um 66 Millionen mehr als im Voranschlag 1968 präliminiert waren. Diese Summe ermöglicht große Investitionen, die der Wirtschaft zugute kommen und als Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung zu werten sind. In den letzten Jahren ist es gelungen, Mittel und längerfristige Konzepte zu beschließen, deren Realisierung Zug um Zug erfolgt.

Österreichs größte biologische Kläranlage Inzersdorf-Blumental, die in der ersten Ausbaustufe für 150.000 Einwohner ausgelegt ist, steht kurz vor ihrer Fertigstellung. Diese moderne Anlage kann mit verhältnismäßig geringen Kosten auf die doppelte Kapazität gebracht werden. Die Kosten dieser Anlage betragen rund 46 Millionen Schilling, wovon der Bund 20,6 Millionen als Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds genehmigt hat.

Kurz vor der Inbetriebnahme steht auch die neue Zentralwäscherei der Stadt Wien im 14. Bezirk. Hier betragen die Baukosten 125 Millionen Schilling.

Ein Großbauvorhaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung ist die Fassung und Einleitung der Sieben Quellen. Im Frühsommer 1969 wird erstmals das Wasser der im Karlgraben bei Neuberg an der Mürz entspringenden Quellen nach Wien gelangen.

Das Wiener Bäderkonzept

Mit der Realisierung des Bäderkonzepts für Wien wird der gute Ruf der Bundeshauptstadt als Bäderstadt neu fundiert. Dieses Konzept stützt sich auf Gegebenheiten, die wir heute vorfinden und berücksichtigt die Erfordernisse und Möglichkeiten kommender Jahre.

Bei der MA 44 (Bäder) stehen Einnahmen in der Höhe von 38,5 Millionen Schilling Ausgaben von 125 Millionen gegenüber. Für Investitionen werden 38 Millionen bereitgestellt. Die MA 44 betreibt und betreut derzeit 69 städtische Bäder. In diesen Bädern finden pro Jahr sechs bis sieben Millionen Besucher Entspannung, Erholung, körperliche Betätigung oder einfach eine Reinigungsmöglichkeit. Die Badegewohnheiten der Wiener haben sich übrigens geändert. Es ergeben sich deutliche Verschiebungen innerhalb der Frequenzen der einzelnen Bäderarten, am auffallendsten ist der Rückgang bei den Brausebädern erster und zweiter Klasse. Die fortlaufende Verbesserung der Wohnverhältnisse ließ den Besuch der Volksbäder stark sinken.

Bei den Wannebädern ist eine ähnliche Tendenz zu beobachten, hingegen zeigen die städtischen Schwimmhallen eine ständig steigende Frequenz. Während 1965 495.000 Besucher gezählt wurden, waren es 1967 bereits 764.000; Das heurige Jahr wird eine Million Besucher bringen; das ist eine Zunahme von 646.000 innerhalb von vier Jahren.

Auch die Dampf- und Saunabäder zeigen eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung. 1965 zählte man 467.300 Besucher, 1967 waren es 491.500, und heuer rechnet man mit einer Besucherzahl von 575.000.

Die Sommerbäder hatten trotz überaus ungünstiger Witterung ein mittelmäßiges Ergebnis zu verzeichnen. Es blieb mit rund 1,3 Millionen etwa fünf Prozent unter dem Mittelwert aus den vergangenen zehn Jahren. Im Vorjahr war mit 1,9 Millionen Besuchern - allerdings bei bester Witterung - der zahlenmäßig höchste Besuch in den städtischen Bädern seit deren Bestehen zu verzeichnen.

#### Kombinierte Sommer- und Hallenbäder

Die angedeutete Entwicklung im Bäderbesuch ist richtungsweisend für den weiteren Ausbau der Wiener Bäder. Das Wiener Bäderkonzept sieht die Schaffung eines über die ganze Stadt verteilten Netzes von Bädern vor. Das Hauptgewicht wird auf den Bau von kombinierten Sommer- und Hallenbädern gelegt, um für die Bevölkerung im Sommer und im Winter Bademöglichkeiten

zu bieten, die auch in personeller und betriebswirtschaftlicher Hinsicht günstiger zu führen sind.

In der ersten Etappe des Bäderkonzepts wird im kommenden Jahr mit einer Reihe von Bäderbauten begonnen, beziehungsweise werden Bauten fortgesetzt. Unter diese Anlagen fallen das Dianabad, das Schafbergbad und das Ottakringer Bad sowie die Planung und die Vorbereitungen für den Bau der Sportschwimmhalle am Vogelweidplatz. Die gründlichen Erneuerungsarbeiten im Amalienbad und im Jörgerbad werden fortgesetzt. Im Hütteldorfer Bad werden die alten Holzkabinen durch Fertigteilkabinen aus Eternit ersetzt, außerdem wird eine Filteranlage eingebaut. Im Thaliabad wird der Umbau der Kesselanlage abgeschlossen, im Warmbad Floridsdorf wird die stark überalterte Reservoiranlage erneuert. Im Liesinger Bad ist der Neubau der Umkleidegebäude für das Sommerbad geplant. Das Volksbad am Reithofferplatz im 15. Bezirk wird an die Fernheizzentrale Hütteldorfer Straße angeschlossen.

Der Neubau der Kinderfreibades im Auer-Welsbach-Park konnte leider noch nicht begonnen werden. Im derzeitigen Zustand kann das Bad nicht gebraucht werden, weil das Becken undicht geworden ist. Geplant ist der Einbau eines neuen Aluminiumbeckens sowie die Anschaffung einer Umlaufpumpe. Bisher hat das Bundesministerium für Bauten und Technik die Renovierung des Bades unverständlicherweise verhindert. Die Zustimmung der Schloßhauptmannschaft Schönbrunn ist nämlich mit einer ganz anderen Sache gekoppelt: Die Verlegung der Sportplätze vor Schönbrunn in den Auer-Welsbach-Park, damit auf deren jetzigen Standort Parkplätze errichtet werden können.

Das Kinderfreibad Loeschenkohlgrasse, dessen Garderobenhaus im Winter als Pensionistenheim verwendet werden kann, wird zusammen mit einer Jugensportanlage fertiggestellt.

#### Wäschereien und Straßenreinigung

Bei den Wäschereien sind 1969 Einnahmen in der Höhe von 43 Millionen zu erwarten, denen Ausgaben von 49 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Mit der Fertigstellung der neuen Zentralwäscherei in der Steinbruchstraße wird eine neue, allen Anforderungen der heutigen Zeit entsprechende Wäscherei geschaffen. Das Hauptobjekt mit der Maschinenhalle, dem Bürogewölb und der Heizzentrale sowie das Portiergebäude sind fertiggestellt.

Im kommenden Winter wird die gesamte Anlage bereits über den Fernheizkanal von der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig geheizt werden. Daher können die noch notwendigen Fertigstellungsarbeiten uneingeschränkt auch bei schlechter Witterung zum Abschluß gebracht werden, was die Beschäftigung zahlreicher Fach- und Hilfsarbeiter ermöglicht. Mit den Planungsarbeiten für die Errichtung einer Wäscherei im neuen Allgemeinen Krankenhaus wurde begonnen.

Mit 2.546 Arbeitern und Angestellten ist die MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) der größte Betrieb dieser Geschäftsgruppe. Einnahmen von 221,4 Millionen Schilling stehen 1969 Ausgaben von 419,1 Millionen Schilling gegenüber. 37,9 Millionen Schilling sind für Investitionen vorgesehen.

Von der Straßenreinigung müssen mehr als 20 Millionen Quadratmeter Verkehrsfläche, 218 Stiegenanlagen, 27.620 Übergänge, 24 Märkte und 58.000 Wasserlaufschächte betreut werden. Der Einsatz von rund 340 Tagelöhnern an zwei Tagen in der Woche hat sich bewährt und wird beibehalten.

#### Immer mehr Mist

Die Müllabfuhr hat 1968 rund 1,9 Millionen Kubikmeter Müll abtransportiert. Das Müllvolumen hat bei nur geringfügiger Gewichtszunahme enorm zugenommen, sodaß die Müllmenge pro Einwohner und Jahr gegenwärtig zirka eineinviertel Kubikmeter oder 195 Kilogramm beträgt.

Mit dem Abtransport des Mülls sind täglich durchschnittlich 540 Mann auf 132 Sammelstrecken beschäftigt. 38 Prozent des Mülls werden in die Müllverbrennungsanlage, sechs Prozent auf die Müllkompostierungsanlage und 56 Prozent auf Ableerplätze gebracht.

Die am 10. Mai 1967 begonnene Aktion zur Reinhaltung des Wiener Waldes und der Straßen wurde fortgesetzt. Heuer waren täglich zwei Lastautos mit Ladekränen im Einsatz, um die wilden Abfallablagerungen in rund 2.400 Fuhren abzutransportieren.

In der Müllverbrennungsanlage wurden heuer 120.000 Tonnen Hausmüll, Industrie- und Gewerbeabfälle verbrannt, weiter 130 Tonnen ölverseuchtes Erdreich nach Tankwagenunfällen und 90 Tonnen Altöl. Aus dieser Müllmenge wurden 204.000 Tonnen Dampf gewonnen. Die Verdampfungsziffer ist von 1,64 auf 1,70 gestiegen.

Zu den Aufgaben des Fuhrparks kamen heuer Sonderaufgaben hinzu, wie die Errichtung und Einrichtung von Lagern für tschechoslowakische Staatsbürger sowie Hilfeleistungen nach Tankwagenunfällen. Sprungartig gewachsen ist die Anzahl von Wracks, die abgeschleppt werden mußten. Während im vergangenen Jahr nur 409 stehengelassene Fahrzeuge aus den Straßen Wiens beseitigt werden mußten, werden es heuer bis Jahresende rund 1.200 sein.

#### Kanal-Einsatzwagen mit Funkgeräten

Die Magistratsabteilung 30 (Kanalisation) rechnet 1969 mit Einnahmen in der Höhe von 109,9 Millionen Schilling, denen Ausgaben von 161,6 Millionen gegenüberstehen. Davon werden 84,7 Millionen für Investitionen aufgewendet.

Im kommenden Jahr wird die Kanalabteilung der Wiener Bevölkerung schneller und besser helfen können, wenn Verstopfungs- und Gebrechensfälle auftreten. Die neuen Einsatzwagen sind nämlich mit Funkgeräten ausgerüstet, die von einer Funkleitstelle dirigiert werden. Bei rund 15.000 Einsätzen im Jahr bedeutet dies eine Vereinfachung und weitere Rationalisierung.

Im heurigen Jahr wurden rund 70 Kanalbauten in Angriff genommen, die eine Gesamtlänge von etwa 30 Kilometer aufweisen.

Eine bedeutende Maßnahme auf dem Gebiet des Gewässerschutzes ist die Kläranlage Inzersdorf-Blumental. Mit der Errichtung dieser Anlage ist die Südrandverbauung Wiens gesichert.

Für den Beginn der Arbeiten an der Hauptkläranlage Simmering sind für 1969 zehn Millionen Schilling vorgesehen. Es darf erwartet werden, daß der Wasserwirtschaftsfonds einen gleichen Prozentsatz der Baukosten wie bei der Kläranlage Blumental genehmigen wird.

#### Vorarbeiten für die III. Wasserleitung

Die Wiener Wasserwerke präliminieren für 1969 Einnahmen von 432,6 Millionen, denen Ausgaben in der Höhe von 512,6 Millionen gegenüberstehen. Somit ergibt sich ein voraussichtlicher Abgang von 79,9 Millionen; 1968 hat der Abgang noch 128,5 Millionen betragen.

Der gesamte Wasserverbrauch wird heuer zirka 186 Millionen Kubikmeter betragen. Das Tagesmaximum wurde mit 637.700 Kubikmeter am 19. Juni in der Hitzeperiode erreicht.

Das derzeit wichtigste Vorhaben der Wiener Wasserwerke ist die Errichtung einer dritten Wasserleitung. Das mit der Erstellung einer Wasserbilanz für das südliche Wiener Becken betraute Forschungsteam unter Leitung von Dr. Kresser von der Technischen Hochschule Wien hat seine hydrologischen Untersuchungen kürzlich soweit abgeschlossen, daß das generelle Projekt der dritten Wiener Wasserleitung beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eingereicht werden konnte.

Das zweite große Projekt ist die Fassung und Einleitung der Sieben Quellen in die I. Wiener Hochquellenleitung. Es kann damit gerechnet werden, daß ab Frühsommer 1969 täglich 33.000 Kubikmeter einwandfreies Hochquellenwasser nach Wien fließen werden.

Die Fassung und Einleitung der Priknerquelle ist im ersten Bauabschnitt vollendet; die Quellwässer können bereits im Frühjahr 1969 genützt werden. Bezüglich der Fassung der Pfannbauernquelle werden die Planungsarbeiten 1969 abgeschlossen sein.

#### Ausbau des Laaer Berg-Behälters

Das wichtigste Projekt der Wasserwerke im Stadtgebiet ist der bereits begonnene Ausbau des Behälters Laaer Berg und der entsprechenden Transportleitungen, wofür im kommenden Jahr 25 Millionen Schilling vorgesehen sind. Der Behälter Laaer Berg mit einem angeschlossenen Hebewerk wird künftig der wichtigste Lastverteilungspunkt Wiens werden. Auf dem Gelände des an den alten Behälter anschließenden Parkes entsteht ein 66.000 Kubikmeter fassender neuer Behälter, der erstmals auf Wiener Boden in Spannbetonbauweise ausgeführt wird. Der Behälter wird vom Grundwasserwerk Lobau über die Sammelschiene Ringleitung Ost, deren erster Bauabschnitt vor der Fertigstellung steht, angespeist werden. Nach Verlegung der vom Behälter abgehenden Transportleitungen wird das flächengrößte Druckmangelgebiet Wiens saniert sein. Weitere im westlichen Raum gelegene Druckmangelgebiete werden nach der Fertigstellung des Drucksteigerungs-

werkes Schafberg II, mit dessen Inbetriebnahme in den ersten Wochen 1969 zu rechnen ist, und nach Inbetriebnahme des Hebewerkes Rosenhügel, dessen elektrische Einrichtungen fertigzustellen sind, der Vergangenheit angehören.

Nicht weniger als 59 Millionen Schilling waren im vorjährigen Budget für Erhaltungsarbeiten bereitgestellt. Beim sogenannten "Abkehren" der ersten und zweiten Hochquellenleitung mußten 2.500 Quadratmeter Gewölbedichtputz neu hergestellt und insgesamt 2.500 Meter Risse abgedichtet werden. Im kommenden Jahr sind rund 79 Millionen Schilling für Erhaltungsarbeiten vorgesehen.

Im vergangenen Jahr wurden Neurohrlegungen und Rohrauswüchslungen in einer Gesamtlänge von 40,7 Kilometer durchgeführt. So konnte in der Großfeldsiedlung durch Verlegung von rund 5.550 Meter Leitungen das Versorgungsnetz zu 80 Prozent fertiggestellt werden. In der Nordrandsiedlung wurde das Rohrnetz mit der Verlegung von 1.300 Meter ergänzt. Der Bau der Ringleitung Ost im Zuge des Handelskais wurde fortgesetzt; dort wurden rund 1.330 Meter Betonrohre verlegt.

Der im Jahre 1967 begonnene erste Bauabschnitt der Ringleitung Süd wurde mit der Verlegung von 3.030 Metern Rohren fortgesetzt, wobei der Damm der Südbahn im hydraulischen Preßverfahren unterquert werden mußte. Für die Fortsetzung dieses Baues sind 1969 25 Millionen Schilling vorgesehen.

Zur besseren Versorgung der Behältergebiete Hackenberg und Michaelerberg wurden 2.420 Meter Rohrleitungen verlegt. Das Verkehrsbauwerk Matzleinsdorfer Platz erforderte die Verlegung von insgesamt 2.872 Meter Rohrer verschiedener Dimensionen; diese Arbeiten werden 1969 abgeschlossen.

Zur besseren Verteilung der Wasserlieferung aus dem Grundwasserwerk Untere Lobau mußten im 21. Bezirk rund 2.955 Meter Versorgungs- und Transportrohrstränge verlegt werden.

Bis Ende Oktober wurden rund 18.240 Meter Auswechslungen von überalteten und schadhafte Rohrsträngen durchgeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt mußten am öffentlichen Rohrnetz 554 Gebrechen behoben werden.

Im Wiener Quellschutzgebiet konnten insgesamt 56,9 Millionen Quadratmeter Grundflächen erworben werden, darunter der Ankauf des Forstgutes Gschöder-Puchberg.

Im Gebiet von Wöllersdorf wurde eine Fläche von ungefähr eineinhalb Quadratkilometer, in dem bereits Grundwassererfassungen bestehen, anlässlich des 50jährigen Bestehens der Republik Österreich von der Bundesregierung dem Land Wien zum Geschenk gemacht. Nach Ausbau eines Brunnens und Verlegung einer Anschlußleitung zur I. Hochquellenleitung wird es möglich sein, vorerst die genehmigte Wassermenge von 14.100 Kubikmeter einzuleiten.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Keine Beratungen zwischen den Feiertagen  
=====

18. Dezember (RK) In der Ehe- und Familienberatung der Magistratsabteilung 12, Gonzagagasse 23, 1010 Wien, entfallen anlässlich der Feiertage die Beratungsstunden.

Die letzte Beratung in diesem Jahr ist Freitag, den 20. Dezember, die erste Beratung im neuen Jahr, Dienstag, den 7. Jänner, in der Zeit von 16.30 bis 18 Uhr.

- - -

Bürgermeister Marek gratuliert Univ.-Prof. Przibram  
=====

18. Dezember (RK) Bürgermeister Bruno Marek hat an Univ.-Prof. Dr. Karl Przibram, der seinen 90. Geburtstag feiert, ein Glückwunschsreiben gerichtet, In diesem heißt es unter anderem.:

Die Wiener Universität war Ausgangs- und Endpunkt Ihres Schaffens, dem Sie es verdanken, daß Sie zu den bedeutendsten österreichischen Physikern und zu den geachtetsten Persönlichkeiten der internationalen Wissenschaft gezählt werden müssen. Dauernde dankbare Anerkennung verdient vor allem Ihr so erfolgreich verlaufenes Wirken am Institut für Radiumforschung der Akademie und am II. Physikalischen Institut, dessen Leitung Ihnen bis zum Eintritt in den Ruhestand anvertraut war.

- - -

Am Freitag Ehrenzeichen-Überreichung an den Stadtbaudirektor  
=====

18. Dezember (RK) Die Wiener Landesregierung hat bekanntlich einstimmig beschlossen, dem Wiener Stadtbaudirektor Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien zu verleihen. Die feierliche Überreichung wird Bürgermeister Bruno Marek am Freitag, dem 20. Dezember, um 11.30 Uhr im Roten Salon des Rathauses vornehmen.

- - -

Störungsfreier Frühverkehr in Wien  
=====

18. Dezember (RK) Im Laufe der Nacht setzten im Gebiet der Bundeshauptstadt bei Temperaturen von Null Grad Schneefälle ein, die verbreitet Schneeglätte zur Folge hatten. Aus diesem Grunde wurde die zweimalige Ausfahrt aller verfügbaren Fahrzeuge der Wiener Stadtreinigung auf den Alarmrouten um 21 Uhr und um 1 Uhr früh angeordnet. In den frühen Morgenstunden waren daher alle Hauptverkehrsstraßen in einem bedingt verkehrssicheren Zustand, so daß es zu keinen Störungen kam. Insgesamt hatte die Magistratsabteilung 48 gestern nacht und heute früh 178 eigene Fahrzeuge und 181 Fahrzeuge privater Unternehmungen, eine größere Anzahl von Sandlademaschinen sowie 1.626, davon 808 aufgenommene Mitarbeiter zum Einsatz gebracht. Für heute, Mittwoch, den 18. Dezember, wurde von der Wiener Stadtreinigung die unbegrenzte Aufnahme von Schneearbeitern verfügt. Die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe hatten ebenfalls keine Störungen aufzuweisen. Bereits um 1 Uhr verfügten sie die Reinigungskommandos, bestehend aus 250 eigenen Leuten und 450 aufgenommenen Arbeitern, an ihre Einsatzstellen, so daß städtische Straßenbahnen und Autobusse einen normalen Auslauf zu verzeichnen hatten.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über baubehördliche Angelegenheiten  
=====

Dank an Prof. Koller

18. Dezember (RK) Unter dem Beifall des ganzen Hauses dankte Vizebürgermeister Dr. Drimmel am Schluß seines Referates dem Wiener Stadtbaudirektor Prof. Dr. Rudolf Koller, "der sich anschickt, einen runden Geburtstag (60. Geburtstag) zu begehen, der unsere besondere Anteilnahme verdient".

Als erster Debattenredner kritisierte GR. Josef Lauscher (KLS) die schleppenden Arbeiten an der Novellierung der Bauordnung. Ein derart langsamer Arbeitsstil sei gefährlich und lege die Vermutung nahe, daß man sich vor dem "Neuen fürchtet".

Die öffentliche Beleuchtung in Wien sei nicht schlecht, sagte der Redner, allerdings gebe es noch wichtige Straßenzüge, die unzureichend beleuchtet sind. Beispielsweise die Simmeringer Hauptstraße zwischen Rennweg und Straßenbahnremise und ein Teilstück der Breitenleer Straße im Bereich Kagran.

Mehr Augenmerk sollte nach Ansicht des Redners der Abstimmung von Formen der Beleuchtungskörper auf die Umgebung geschenkt werden. "Peitschenleuchten auf dem Ballhausplatz sind einfach unpassend", sagte Lauscher.

Kritik übte er auch an verschiedenen Maßnahmen der Verkehrsregelung: Es sei unerforschlich, nach welchen Gesichtspunkten manche Ampelkreuzungen bei Nacht geregelt bleiben und welche auf Blinklicht umgeschaltet werden. Wegweiser gebe es zu wenige, und von den wenigen seien viele nicht auf dem besten Platz postiert.

Erholungslandschaft Wienerwald: Nichts wäre gefährlicher, als im Kampf um die Sicherung dieses lebenswichtigen Erholungsgebietes nachzulassen. Sehr unliebsam sei es, daß im Wienerwald in immer größerem Maß Müll abgelagert wird, daß Wanderwege mit Fahrzeugen befahren werden und daß das Parken auf Waldwegen immer mehr überhand nimmt.

Hier wäre Aufklärungsarbeit notwendig, und wenn es nicht anders geht, ein energisches Eingreifen. Eine gewisse Erleichterung könnte durch die Anlage von Parkplätzen an geeigneten Stellen erreicht werden. Von diesen Parkplätzen weg sollten dann markierte Wanderwege angelegt werden.

Den Ansätzen des Kapitels VII könne seine Fraktion nicht zustimmen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ): Bemerkenswert sei die Ausgabensteigerung bei den Ansätzen für die öffentliche Beleuchtung und die Friedhöfe. Jene für die technischen Verkehrsangelegenheiten seien kaum nennenswert erhöht worden, und die Stadtförster sind geringer dotiert als im Vorjahr. Auf dem Sektor der öffentlichen Beleuchtung sollte man nicht nur die neuen Wohnbaugebiete berücksichtigen, sondern auch jene nicht ausreichend beleuchteten Teile der Innenbezirke, so zum Beispiel die Gegend des Burgtheaters und im 3. Bezirk das Weißgerberviertel und in Erdberg die Gegend rund um die Apostelgasse.

Auf dem Friedhofssektor wird für die baulichen Herstellungen weniger Geld ausgegeben als im Vorjahr. Die Erhöhung der Ansätze kommt fast zur Gänze den Löhnen und Gehältern zugute. Allgemein Klage geführt wurde über die Erhöhung der Friedhofsgebühren. Der Redner fordert eine würdigere Ausgestaltung der Kriegsgräberanlage der Gefallenen des Zweiten Weltkrieges. Sie mache derzeit einen sehr verwahrlosten Eindruck. Mit verhältnismäßig geringem Aufwand ließe sich eine würdige Erinnerungs- und Gedenkstätte errichten.

Verkehrsregelung: Es wurde auf diesem Gebiet einiges getan, das Verkehrsgeschehen erfordere jedoch immer größere Anstrengungen. Interessanterweise seien jene Kreuzungen, die verkehrssichersten, die nicht durch Ampeln, sondern durch Vorrangtafeln geregelt sind.

Für die Straßenzüge mit Weihnachtsbeleuchtung fordert der Redner zur besseren Kenntlichmachung der Ampeln ihre Montage auf einem großen weißen Schild. Die zentrale Steuerung ganzer Signalgruppen hat sich bestens bewährt. Notwendig wäre es, die Währinger Straße stadtauswärts mit einem unbedingten Halteverbot bis zur Boltzmannngasse zu versehen.

Die Verkehrsdisziplin sei bedauerlicherweise sehr abgesunken. Man müßte ein Parken in zweiter Spur verhindern. Erfreulich ist die vermehrte Schaffung von Einbahnstraßen. Gesicherte Straßenübergänge müßten auch an den Hauptverkehrsstraßen in den Außenbezirken geschaffen werden.

Dr. Schmidt führte zwei Stellen an, wo das Übersetzen lebensgefährlich ist: die Breitenfurter Strasse beim ehemaligen Linienamt und die Gersthofener Straße bei der Währinger Straße. Dort seien gesicherte Fußgängerübergänge dringend notwendig.

Ein ebenso großes Problem wie der fließende Verkehr sei heute bereits der ruhende Verkehr. Von allen Maßnahmen haben Verbote den geringsten Erfolg. Das zeige sich besonders beim Schienenparkverbot, das übrigens auch durch eine höchstgerichtliche Entscheidung durchlöchert wurde, wonach man in solchen Straßen zehn Minuten lang halten könne. Das Einhalten dieser zehn Minuten könne jedoch nicht kontrolliert werden, weil es zu wenig Polizisten gibt.

Abschließend teilte Dr. Schmidt mit, daß seine Fraktion den Budgetansätzen zustimmen werde.

Der nächste Debattenredner, GR Neusser (ÖVP) beschäftigte sich eingangs mit den Parkgaragen. Er zitierte aus der Schrift des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien "5 Jahre", daß Erhebungen über den gegenwärtigen und den zukünftigen Verkehr angestellt wurden und daß ein Konzept über die Errichtung von Parkgaragen ausgearbeitet worden sei. Von einem Konzept könne jedoch nicht die Rede sein, allerdings habe er einen Plan der Inneren Stadt vorgefunden, in welchem Plätze für künftige Parkgaragen markiert sind.

Gegenwärtig gibt es in der Inneren Stadt acht Parkgaragen mit 2.430 Abstellplätzen. Der Plan sieht die Errichtung von weiteren 40 Parkgaragen vor, mit rund 20.300 Abstellplätzen. In der Inneren Stadt bestehe jedoch nach der Parkraumstudie von Prof. Dorfwich nach Erreichung der Vollmotorisierung ein Bedarf von rund 77.000 Abstellplätzen.

Vizebürgermeister Dr. Drimmel hat 1967 zur Parkraumenquete eingeladen, setzte GR. Neusser fort. Bereits 1966 haben mehrere ÖVP-Gemein eräte die Konstituierung eines Verkehrsbeirates gefordert - der Plan sei jedoch offensichtlich "schubladiert" worden.

Der Debattenredner forderte Förderungsmaßnahmen der Gemeinde, um die Errichtung von Parkgaragen zu forcieren. Wann die günstigen Plätze festgestellt sind, sollte der Bau öffentlich ausgeschrieben und an die Bestbieter vergeben werden.

GR. Neusser stellte den Antrag, ein Konzept für die bestmögliche und realistische Situierung von Parkgaragen öffentlich aufzulegen, wobei bei den einzelnen Projekten die Art der Garagen (Hoch- oder Tiefgarage), die Anzahl der Stellplätze und die besonderen baubehördlichen sowie verkehrstechnischen Konditionen aufscheinen sollen.

Als zweites Problem behandelte GR. Neusser die Gefahren des Tankwagenverkehrs in den Großstadtstraßen. Eine Regelung wird nur auf Bundesebene und nicht in Form einer Magistratsverordnung in Betracht kommen. Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft hat die Bereitschaft einer Selbstbeschränkung der Gewerbetreibenden bekanntgegeben.

Durch vermehrte Sicherheitsvorkehrungen sind die "Rollenden Bomben" wesentlich weniger gefährlich geworden und es gab auch durch Transporter großer Mineralölfirmen keine Unfälle mehr.

Aber auch die technische Entwicklung ist fortgeschritten: Zu den Tankwagenzügen gesellen sich die "38-Tonnen-Ungetüme", die 35.000 Liter Benzin, Zement, Tiefkühlwaren, Obst und Gemüse durch die Straßen unserer Stadt befördern. Dazu kommen die Transporter der Zukunft, die Containerfahrzeuge. Der Redner regt an, daß man sich sehr rasch mit vorsorglichen Maßnahmen für den Verkehr dieser Straßengiganten beschäftigen und nach Tunlichkeit Umfahrungsstraßen außerhalb des Stadtgebietes anlegen soll.

Dann wandte sich GR. Neusser der zunehmenden Gefährdung der Schulkinder durch den Verkehr zu: 1965 registrierte man 143 auf dem Schulweg tödlich verunglückte Kinder, 1966 161, im Jahr darauf 179 und im ersten Halbjahr 1968 106 tote Kinder. Im Jahr 1966 wurden 162 Kinder zwischen 0 und 4 Jahren und 725 Kinder zwischen 5 und 14 Jahren durch den rollenden Verkehr mehr oder minder schwer verletzt. Dagegen stehen infolge der immer drückender werdenden Personalnot bei der Polizei kaum mehr Polizisten zur Verfügung. Von den Schulwegpolizisten, die sich aus dem Elternkreis rekrutieren, gibt es heuer nur noch 9 Personen. Dennoch sei der von Polizeipräsident Holaubek geforderte Schülerlotsendienst in Wien immer noch nicht genehmigt. Deshalb bringe er einen Antrag zur Einführung des Schülerlotsendienstes in Wien ein.

GR. Konir (SPÖ): Noch sind wir weit von einem Höhepunkt der Motorisierung entfernt, aber die Parkplatzmisere steht uns schon ins Haus. Derzeit haben erst 14 Prozent der Motorisierten bezahlte Abstellplätze. Die einzige Rettung wäre der Bau von Hoch- und Tiefgaragen. Ein Platz kostet rund 40.000 Schilling. Es kann nicht Aufgabe der Gemeinde sein, einen sozialen Garagenbau zu finanzieren. Hier ist ein weites Feld für Privatinitiative gegeben. Eine autogerechte Stadt ist eine Illusion. Erst wenn Autofahrer auf die Benützung ihres Fahrzeuges für Fahrten zum Arbeitsplatz verzichten, wird sich die Situation nicht weiter verschärfen.

Autowracks: Zwischen 1959 und 1967 wurden in den Straßen Wiens 1.160 Wracks aufgefunden und abgeschleppt. In den ersten 11 Monaten des heurigen Jahres waren es allein schon 1.290.

Parkometer sind eine umstrittene Lösung, weil die Kontrolle nicht gegeben ist. Beweise dazu kann jede Großstadt anbieten.

GR. Konir verlangt Sperrzonen für die "rollenden Bomben" damit es nicht neuerlich zu Tankwagenunglücken kommt. Am besten wäre für Wien der Ausbau der Südtangente oder die Verlegung von Tankwagenfahrten in verkehrsschwache Zeiten.

Eine einzige Verkehrsampel für den 10. Bezirk sei im Budget 1969 vorgesehen. Dabei sind die Favoritenstraße und die Laxenburger Straße bekannt starke Ausfallstraßen. Durch die Beendigung der Arbeiten beim Matzleinsdorfer Platz wird auch die Quellenstraße zu einer solchen werden. Wir sollen wenigstens an die Kinder denken, die auf ihren Schulwegen besonders gefährdet sind. 1967 gab es nicht weniger als 7251 Kinder unter Österreichs Verkehrsopfern.

Die Friedhofsverwaltung muß auf die Friedhofsgestaltung schauen, damit wir nicht prunkvolle Steinwüsten bekommen. Blumen und Grün sollen dominieren. Mehr Feuerbestattungen könnten auch beitragen, die Friedhöfe in ihrer Ausdehnung zu beschränken.

Das Stadtförstamt arbeitet im stillen. Besonders dankenswert sei der Schutz der 24.000 Hektar großen Quellschutzforste. Nicht weniger wichtig seien aber die Forste in der Lobau und im Wiener Wald, die als Luftreservate und als Erholungsräume erhalten bleiben müssen. Abschließend dankt der Redner für die Aufforstungsarbeiten am Laaer Berg, die erst spätere Generationen so recht zu würdigen wissen werden.

Der nächste Redner, GR. Ing. Johann Lust (ÖVP), beschäftigte sich eingangs mit der Novellierung der Bauordnung. Wahrscheinlich sei es nicht genug, nur eine Überarbeitung der Bauordnung vorzunehmen. Viel besser wäre es, in einer permanenten Kommission die einzelnen Problemkreise herauszuschälen und zu ordnen. Bei Durchsicht des bisher vorliegenden Entwurfs stelle sich heraus, daß die alte Bauordnung lediglich zur leichteren behördlichen Durchsetzung ihrer Bestimmungen adaptiert worden sei. Eine solche "Aufmöbelung" reiche aber nicht aus. Es bedürfe vielmehr einer Neufassung zur Schaffung eines Rechtskörpers, der für lange Zeit zielführend bleiben könne.

Daß in dringenden Einzelfragen natürlich Teillösungen gerechtfertigt seien, illustrierte der Redner am Beispiel des Paragraphen 54, der die Probleme der Gehsteigerherstellung und -erhaltung regelt. Angesichts der schweren Belastungen, die sich aus der Handhabung dieser Bestimmung für Siedler, für die Landwirtschaft und für das Gewerbe ergeben, brachte GR. Lust einen Antrag ein, der verlangt, daß die Gehsteigerherstellung in Zukunft durch die Gemeinde mit Hilfe ihrer Vertragsfirmen durchgeführt wird.

Außerdem sollen für die Kostenaufteilung nicht nur die Frontlängen, sondern auch der umbaute Raum der errichteten Gebäude in eine entsprechende Relation gebracht werden.

Danach beschäftigte sich Ing. Lust mit dem Kanaleinmündungsgesetz, das ebenfalls - und zwar besonders für kleine Gebäude - drückende Lasten bringe. Der Redner zeigte auf, daß die Gebühren für ein Hochhaus rund 3.50 Schilling pro Kubikmeter umbauten Raumes betragen, für ein kleines Gebäude dagegen mehr als 70 Schilling. Auch dazu brachte der Redner einen Antrag ein, der auf die Novellierung dieses Gesetzes hinzielt.

Abschließend deponierte der Redner die Zustimmung seiner Fraktion, der ÖVP, zu den Ansätzen der Verwaltungsgruppe VII.

GR. Windisch (SPÖ) zum Wunsch nach einer neuen Bauordnung: Gerade unsere Bauordnung, wenn sie zum Teil auch veraltet und überholungsbedürftig ist, bietet die größtmögliche Sicherheit. Es kam im wesentlichen in den letzten Jahrzehnten zu keinen schweren Unfällen oder gar Katastrophen, die in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Bauordnung gestanden hätten.

Die Anlage von Parkplätzen im Bereich des Wiener Waldes wäre eine Katastrophe für die Wänderer, weil die Disziplin vieler Autofahrer leider sehr schlecht ist. Solche Parkplätze soll man nur am Randes des Wiener Waldes anlegen. Leider ist die mangelnde Disziplin auch an sehr vielen Unfällen schuldtragend. Alle unsere Verkehrsmaßnahmen werden nicht ausreichen, wenn sich der Einzelne nicht an Vorschriften hält. Die Errichtung einer Parkgarage auf den Freihausgründen wäre sicherlich sehr wünschenswert. Vielleicht könnten die Mandatäre der Volkspartei hier ihre Beziehungen zum Bund nützen. Die Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen in der Inneren Stadt, um die sich der Bezirksvorsteher derzeit bemüht, wird kaum zielführend sein. Denn auch diese neu geschaffenen Plätze wären in kürzester Zeit besetzt und eine Verbesserung der Verkehrssituation wäre dadurch nicht gegeben. Er hielte es für besser, den Verkehr zur und in die Innere Stadt zu drosseln.

Schulwegpolizei: Die Einrichtung ist in Wien noch nicht ausreichend installiert, weil wir über keine rechtlichen Grundlagen verfügen, die die Sicherheit der Schulwegpolizisten gewährleisten. Ein entsprechendes Bundesgesetz soll jedoch in Vorbereitung sein.

Aufforstungen: Es wäre wünschenswert, ähnlich wie am Laaer Berg auch auf dem Bisamberg Aufforstungen vorzunehmen. Leider zeigt Niederösterreich nicht dasselbe Verständnis hierfür wie Wien.

Der Redner ersucht feststellen zu lassen, was zu dem täglichen großen Rückstau vom Karlsplatz bis zur Rainergasse führt und was dagegen unternommen werden könnte.

Das Kanaleinmündungsgesetz sieht auch heute bereits eine Möglichkeit zur Ermäßigung und Stundung der Gebühr vor. Zweifellos wären hier nicht nur Änderungen im Sinne der Betroffenen notwendig, sondern auch im Interesse der Stadt Wien.

Verkehrsproblem: Die Entwicklung auf dem Verkehrssektor hat in den letzten Jahren eine Richtung genommen, die uns in manchen Belangen sehr bedrücken muß. Die Zunahme der Kraftfahrzeuge hat leider auch zu einer starken Zunahme der Unfälle mit Personenschaden geführt. Gab es 1965 6.979 Unfälle mit Personenschaden, 1966 7.278, 1967 7.540, waren es in den ersten neun Monaten des Jahres 1968 bereits 6.250, also eine Zunahme um zehn Prozent. Auf dem Schulweg verunglückten 1965 89 Kinder, 1966 105, 1967 gab es 133 Verletzte und zwei Tote, in den ersten neun Monaten 1968 verunglückten auf dem Schulweg bereits 145 Kinder.

Eine sehr traurige Entwicklung hat auch die Zahl der Verkehrsunfälle mit alkoholisierten Lenkern genommen. Auch sie stieg um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Eine ähnliche Entwicklung gab es auch bei der Fahrerflucht. Wir müßten daher alles unternehmen, um diese schrecklichen Unfallziffern herabzusetzen. Was sollte nun geschehen, um zu einer Besserung im Straßenverkehr zu kommen?

Man sollte nicht jede Kreuzung mit einer Ampel versehen, weil dann der Verkehr zum Stillstand käme. Einige Ampel-einstellungen müßten auch mehr den Verkehrserfordernissen angepaßt werden. Die Ampel an der Kreuzung Ziegelhofengasse - Mittersteig mußte sogar wieder entfernt werden, weil sie den Verkehr zum Stillstand brachte. Auch die Schaffung einiger weiterer Abbiegeverbote könnte zielführend sein. Das Rechtsabbiegeverbot bei der Kreuzung Alser Straße - Spitalgasse stadtauswärts ist jedoch eher hinderlich und sollte beseitigt werden.

Die Polizei sollte sich mehr dem fließenden Verkehr widmen und gegen schwerwiegende Verstöße mit aller Härte eingreifen. Die Bestrafung der Parksünder sollte ihr abgenommen werden.

Unverständlich sei die Bestimmung des Kraftfahrgesetzes, wonach Personen, denen der Führerschein wegen Trunkenheit abgenommen wurde, dieser Führerschein wieder ausgefolgt werden muß, sobald sie nüchtern sind.

Die Gemeinde müsse alles tun, um die Verkehrsgesinnung zu verbessern. Das wäre ein wesentlicher Beitrag zur Verringerung der Gefahr auf den Straßen. Das Unfallgeschehen dürfe nicht als selbstverständliche Zeiterscheinung betrachtet werden, sondern müsse mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden.

Abschließend teilte GR. Windisch mit, daß seine Fraktion den Budgetansätzen zustimmen werde.

#### Schlußwort

In seinem Schlußwort nahm Vizebürgermeister Dr. Drimmel zu den verschiedenen Vorschlägen Stellung.

Zur Bauordnung: Zu manchen Paragraphen der Bauordnung, die gegenwärtig ausgearbeitet werde, sind sechs oder sogar acht verschiedene Entwürfe gemacht worden. Die mit der Ausarbeitung befaßten Beamten hätten keine Angst vor "heißen Eisen".

Zulassung der Baustoffe: Die Zulassung erfolgt nach den vom Prüfungsausschuß für Baustoffe festgelegten Richtlinien.

Bessere Kennzeichnung der Verkehrslichtsignale: Hier gibt es zwei unterschiedliche Auffassungen. Der eine Personenkreis wünscht eine besondere Hervorhebung der Lichtsignale, der andere spricht von einer Verschandelung der Stadt, wenn die Lichtsignale zu groß geraten. Man müsse die Courage haben, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite zu übertreiben.

Weihnachtsbeleuchtung: Sie muß weiß sein, damit keine Verwechslung mit Verkehrssignalen möglich ist. Eine leicht gelbliche Färbung wird geduldet.

Straßenbeleuchtung: Gewisse Stadtteile - Innere Stadt, dritter Bezirk - sind im Rahmen des Fünfjahresplanes zu kurz gekommen. In nächster Zeit wird dies korrigiert werden.

Friedhöfe: Es müsse eine relative Kostendeckung angestrebt werden. Obwohl viele Maschinen eingesetzt werden, kann man nicht ohne händische Arbeit auskommen. Bisher wurde das Schwergewicht auf die Hochbauten gelegt, nun kommen die Verkehrsflächen innerhalb der Friedhöfe an die Reihe.

Kriegsgräber: Interessenvertreter der Kriegsoffizierverbände sahen keinen Anlaß, über die Ausgestaltung der Kriegsgräber auf dem Wiener Zentralfriedhof Klage zu führen. Da bereits ein Denkmal für die Opfer des Ersten Weltkrieges existiert, bestehen keine Absichten, auch eines für die Opfer des Zweiten Weltkrieges zu errichten.

Fußgängersignal: Die Schwierigkeiten für alte Menschen, die richtige Einstellung für "Rot" und "Grün" zu finden, ist bekannt und beruht auf einer unrichtigen Einstellung zu der optischen Wirkung. Das Problem läßt sich nur durch eigene Fußgängersignale lösen.

Computerstation Roßauerkaserne: Die volle Ausnützung wird sich erst ergeben, wenn die durchgehende Signalregelung Gürtel-Dänaukanal und die norwestlichen Ausfallsstraßen vom Schottenring aus durch Computer miterfaßt werden können.

Ordnung wird aber auch durch einen voll ausgelasteten Computer nicht erreicht werden können. Wien und Österreich haben den Anschluß an den Wirtschaftsaufschwung der westlichen Länder mit zehn Jahren Verspätung erreicht. Der Ausspruch eines Taxifahrers kann als Illustration der Wiener Situation gewertet werden: "Wir haben überhaupt keinen Verkehr, sondern nur eine Masse Auto in Wien".

**Zu kurze Grünphasen:** Die Schwierigkeiten, die älteren Leute beim Überqueren geregelter Kreuzungen haben, sind bekannt. Durch eine Verlängerung der Grünphase zugunsten dieser Passanten würden die Wartenden im gegenüberliegenden Stauraum benachteiligt. Das Problem ist überhaupt nur durch entsprechend rücksichtsvolles Anfahren aus dem Stauraum zu lösen.

**Schienenparkverbot:** Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes ist ebenso überraschend wie enttäuschend, ein enorm wachsender Schilderwald die daraus resultierende Konsequenz.

**Parkgaragen:** Zahlreiche Projekte sind ebenso wie enormes Interesse vorhanden. Sollte die Gemeinde Wien nicht interessiert sein, Parkgaragen in eigener Regie zu führen, könnte durch Förderung aus öffentlichen Mitteln die Privatinitiative rasch in Schwung gebracht werden.

**Tankwagen:** Aus einem Problem, "groß wie ein Pony wurde ein Pinzgauer". War es zunächst die Sorge um die sogenannten "rollenden Bomben", müßte man heute das Hauptaugenmerk dem aus Amerika importierten Container-Transportsystem zuwenden.

**Schülerlotsen:** Über dieses Problem will der Referent mit dem Stadtschulratspräsidenten Kontakt aufnehmen, um die rechtlichen Grundlagen für die Einführung eines Überwachungsdienstes durch Kinder zu erfahren.

**Hoch- und Tiefgaragen:** Eine Ankurbelung der privaten Initiative, derartige Einrichtungen zu schaffen und die angeprangerten Laterndlgaragen zu liquidieren, wird auch von Dr. Drimmel begrüßt.

**Abschleppdienst von Autowracks:** Mit der Forderung "Das Ding muß weg" ist die rechtliche Situation noch nicht geklärt.

**Parkometer:** Die vorliegenden Vorschläge haben niemanden befriedigt. Überdies muß erst die Anfrage an den Verfassungsgerichtshof eine grundsätzliche Klärung bringen.

Friedhöfe: Schlechter Geschmack in der Ausgestaltung von Gräbern ist nicht nur eine Angelegenheit des Geldes. Heute, im Zeitalter der Konsumgesellschaft, ist er leider Allgemeingut geworden. Erziehung und Aufklärung kann vielleicht eine Änderung bewirken. Amtlicher Einfluß oder gar Zwang sind in dieser Beziehung nicht möglich.

Neue Bauordnung: Früh- und rechtzeitiger Gedankenaustausch und Diskussionen könnten viele Probleme entschärfen und Übereinkommen erleichtern.

Herabsetzung der Kanaleinmündungsgebühren: Eine Überprüfung der Kompetenzen wäre in diesem Zusammenhang anzustreben.

Die Verkehrsregelung in der Innenstadt: Ob es jemals zu einer "Exklave" Innenstadt kommt, wird die Zukunft weisen. Es wäre im gegenwärtigen Zeitpunkt zweifellos eine Belastung für die Geschäftstreibenden im ersten Bezirk.

Wälder: Was im Wienerwald durch Einzelne geschieht, ist oft eines Bewohners einer Kulturstadt unwürdig. Im Kampf gegen die Besiedlung dieses unersetzlichen Grünlandes haben wir uns zweifellos Verdienste erworben. Ebenso bei der Aufforstung, die wir vor allem im gutnachbarlichen Verhältnis mit Niederösterreich sehen sollen; dort geschieht nämlich auch viel, was uns zugute kommt.

Stauraum Karlsplatz: Hier ist eine Konzentration aller möglichen Verkehrsprobleme in klassischer Form gelungen. In Wien fehlen allerdings allein 2.000 Polizisten, um eine Disziplin durchzusetzen. Immerhin sieht die Vorbereitung die Herausnahme des gesamten Kraftfahrzeugverkehrs ab Paulanerkerche Richtung Stadt vor. Das Problem wird wahrscheinlich nur verlagert und kommt an anderer Stelle zum Vorschein.

Ampeln: Sie sind nicht der Weisheit letzter Schluß, sie sind aber eine starke Beruhigung der Bezirksfunktionäre.

Generalverkehrsplan: "Jeder möge sich aus meiner Rede herausnehmen, ob wir ihn haben oder nicht".

Dank an Taborsky

Abschließend dankt Vizebürgermeister Dr. Drimmel posthum dem Leiter der Magistratsabteilung 46, Senatsrat Dipl.-Ing. Taborsky, für seine couragierten Improvisationen, die einen Großteil der Probleme lösen geholfen haben. (Allgemeiner Beifall.) "Wir können Verkehrsprobleme steuern, bändigen, kontrollieren, aber nicht aus der Welt schaffen".

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe VII mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Die Anträge der ÖVP, betreffend Schülerlotsen, beziehungsweise Parkgaragen, Novelle zur Bauordnung, Novelle zum Kanaleinmündungsgesetz, werden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Bürgermeister Marek erhielt Olympia-Buch  
=====

18. Dezember (RK) Heute mittag empfang Bürgermeister Bruno Marek in seinem Arbeitszimmer den Prokuristen des Österreichischen Bundesverlages, Dr. Kurt Schneider, der ihm ein Exemplar des soeben erschienenen Olympia-Buches (Mexico-City) überreichte. Bürgermeister Marek lobte die ausgezeichnete Verlagsarbeit und die graphische Gestaltung dieser Sportpublikation, die er morgen den Wiener Teilnehmern an den Olympischen Spielen in Mexico-City anlässlich eines Empfanges im Rathaus überreichen wird.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten  
=====

18. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 4 bis 6 S, Weißkraut 3 bis 5 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse II 5 bis 8 S, Kochobst 3 bis 4 S, Orangen 7 S je Kilogramm.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes.)

Debatte über Öffentliche Einrichtungen  
=====

18. Dezember (RK) Der erste Debattenredner, GR. Karger (KLS), traf zunächst drei Feststellungen. Erstens, daß man heuer über ein Budget mit nicht fiktiven Ansätzen wie im Vorjahr verhandle, da nur wenige Tage nach den Beratungen die Gebührenerhöhung in Kraft trat. Mit Befriedigung habe man die Erklärung des Stadtrates zur Kenntnis genommen, daß es heuer keine Gebührenerhöhungen geben wird. Zweitens sei festzustellen, daß es keine besonderen Klagen über Nichtfunktionieren der öffentlichen Einrichtungen gegeben habe, wolle man von den nicht rechtzeitig geleerten, überfüllten Abfallkübeln zu Beginn der Heizperiode, dem witterungsbedingten Mangel an Wasser in der Hitzeperiode und den nicht überall exakt einsetzenden Schneeräumkommandos absehen. Letztlich sollen die sorgfältig ausgearbeiteten Unterlagen hervorgehoben werden, die den Gemeinderatsmitgliedern zur Verfügung gestellt wurden.

Erfreulich seien auch die erhöhten Ansätze für Investitionen - so die 10 Millionen zur Fertigstellung der Kläranlage in Inzersdorf-Blumental und 14,5 Millionen zur Fertigstellung der Hauptkläranlage. Die Sünden der Vergangenheit, die eine Verschmutzung der meisten Flüsse, hauptsächlich der Donau zur Folge haben, werden dadurch zum Teil wieder gut gemacht. Unbefriedigend sei hingegen die Mitteilung des Stadtrates, daß die Ansprüche der Bundeshauptstadt auf Bundesmittel zur Mitfinanzierung der Großkläranlage und der III. Hochquellenleitung noch immer nicht erfüllt werden.

Die Erhöhung der Wassergebühren auf das Dreifache widerspiegle sich deutlich in den angegebenen Zahlen: Während die Wiener 1967 117 Millionen für ihr Wasser bezahlt haben, sind es im Jahr 1969 370 Millionen, die sie zu entrichten haben werden.

Bedauerlicherweise finden sich nur 500.000 Schilling für die dritte Wasserleitung, um deren Bau es beunruhigend still geworden ist. Wien möge endlich darangehen, den Widerstand der entsprechenden Bundesstellen energisch zu durchbrechen.

./.

Auf das Bäderkonzept eingehend, begrüßte der Redner die Wiederinstandsetzung des Freibades im Auer-Welsbach-Park und die Neuerrichtung eines Kinderfreibades mit Spielplatz in der Loeschenkohlasse. Er bekrittelt aber, daß man für den so lang diskutierten Bau des Dianabades nur zehn Millionen Schilling veranschlagt hat. Dies bedeutet, daß man mit der Fertigstellung der Badeanlage, an der so viele tausend Wiener interessiert sind, noch lange warten wird müssen.

Er ging dann auf Klagen von Rentnern und Pensionisten ein, die als Hilfskräfte im Straßenreinigungsdienst tätig sind und sich gerne noch eine finanzielle Zubeße durch Arbeit an einem dritten oder vierten Tag dazuverdienen wollen. Eine Revision der einschlägigen Bestimmungen wäre zu überlegen. Der Redner bringt eine Klage von Bediensteten der MA 48 vor: Für Sterbefälle gab es bisher eine 3Schilling-Kollekte. Sie wurde unlängst auf 10 Schilling angehoben, wobei je 7 Schilling für zwei Sterbefälle, 1,50 Schilling für die Welt der Arbeit und 1,50 Schilling als "Spende" ausgewiesen sind. Wer nicht zahlt, wird vom Genuß gestrichen. Er ersucht Stadtrat Pfoch um Bereinigung.

Beim Kapitel Öffentliche Einrichtungen ist diesmal ein um 34 Millionen geringerer Abgang als im Vorjahr zu verzeichnen. Ein Beweis, daß die Gebühren ein Steuerungskapitel seien. Überdies wären sie im voraus gesteigert worden, um das Wahljahr nicht zu belasten. Und überhaupt scheint alles in dieser Gruppe auf's Wahljahr abgestellt zu sein. Da im nächsten Jahr keine Steigerungen angekündigt sind, würde er den Wienern nur wünschen, daß jedes Jahr ein Wahljahr sei.

Den Ansätzen stimmt die KLS zu.

GR. Peter (FPÖ): Die Kanalgebühren sind gestiegen, das bringt 21 Millionen Schilling Mehreinnahmen. Sie werden zusätzlich für die Kanalbauten, für die Sanierung alter Kanäle und für die Kläranlagen verwendet. Das ist erfreulich.

Auch die erhöhten Wassergebühren bringen Mehreinnahmen von 33 Millionen. Dafür hat der Stollendurchbruch bei der Pfannbauernquelle viel gekostet.

Nahziel sei es, 800 Millionen Liter Wasser täglich nach Wien zu bringen. Spät aber doch hätte man nun einen alten Vorschlag von ihm, nämlich den der Nutzwasserleitungen aufgegriffen.

(Vizebürgermeister Slavik sagte anlässlich einer Pressekonferenz, daß man auf Donauwasser für den Industriegebrauch zurückgreifen werde müssen.) Der Abgeordnete will keinen Prioritätsanspruch geltend machen, aber bescheiden den Vorschlag in Erinnerung rufen.

Wasserverluste: Durch Leitungs- und Lässigkeitsverluste verlieren wir soviel an Wasser, wie das Grundwasserwerk Lobau produziert!

Bäder: Einnahmenerhöhungen um 10 Millionen zeigen an, daß sich die gesteigerte Lebensfreude durchs Baden ausdrückt. Was das Bäderkonzept der Stadt Wien betrifft, so übe er keinerlei Kritik an dem Konzept an sich. Lediglich die Art der Veröffentlichung - nämlich ohne vorherige Zustimmung des Gemeinderates - könne er nicht billigen.

Zum Schluß beschäftigte sich Peter mit der Schneeräumung: Der Alarmplan, wonach zwei Stunden nach einem Schneefall sämtliche Hauptstraßen geräumt sein sollten, sei auch beim gestrigen Schneefall nicht erfüllt worden. Nicht einmal der Rathausplatz sei geräumt worden. Dies veranlasse die FPÖ, von der anfangs beabsichtigten Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe abzugehen und als Demonstration diese Ansätze abzulehnen.

Als nächster Redner weist GR. Matza (ÖVP) darauf hin, daß sich die Berechnungsgrundlagen für die Querschnitte der Kanäle in den letzten Jahrzehnten entscheidend geändert haben. Einmal sei der Wasserverbrauch pro Kopf der Bevölkerung von täglich rund 90 Liter auf mehr als 300 Liter gestiegen. Zum zweiten hat das Areal der befestigten Flächen innerhalb der Stadt stark zugenommen: Das bedeutet, daß längst nicht mehr so viel Regenwasser wie früher im Boden versickern kann.

Matza zitierte wieder die Publikation "Fünf Jahre" des Presse- und Informationsdienstes, in welcher behauptet wird, Wien plane und baue für das Jahr 2000. Der Redner sagte, diese Behauptung sei durch die niedrigen Budgetansätze für die Erhaltung, die Erneuerung und den Ausbau des Kanalnetzes nicht gedeckt.

Zur Müllabfuhr und zur Straßenpflege im Winter regte der Redner an, die Entwicklung im Ausland gut im Auge zu behalten. Man verwende beispielsweise anderswo pneumatische Mülltransportanlagen. (Sozusagen eine Rohrpost für den Mist; Anmerkung der Redaktion. Auch die Straßenheizung im Winter sei schon manchenorts verwirklicht.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß man auf dem Gebiet der Schutzerdungen nunmehr die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, die von seiner Fraktion schon vor Monaten verlangt wurden. Es werden immer mehr Kunststoffe verwendet, und die Frage einer entsprechenden Erdung ist daher brennend geworden. Man müßte dieses Problem jedoch nicht nur für die nächste Zeit, sondern auch für die Zukunft lösen.

GR. Stockinger (SPÖ) spricht über den Einsatz der Straßenreinigung während der heutigen Nachtstunden, der sich gut abgewickelt hat. Das anscheinend "spaßhaft" gemeinte Verlangen von GR. Peter, der Rathausplatz hätte für die Gemeinderäte gesäubert werden sollen, damit sie besser parken können, dürfte hoffentlich wirklich nicht ernst gemeint gewesen sein. Ein derartiges Verlangen wäre mehr als ungerechtfertigt.

Die Müllabfuhr wurde rationalisiert, sodaß bedeutend höhere Leistungen mit einem fast gleichen Personalstand bewältigt werden konnten. Der Müllanfall stieg von 1964 auf 1968 um 62 Prozent, der Personalstand um fünf Prozent. Wenn wir immer wieder hören, wie groß die Gefahren der chemischen Düngung sind, müssen wir auf die wertvolle Verarbeitung unseres Mülls zu Düngemitteln hinweisen. Die Müllverbrennungsanlage verbrennt rund ein Drittel des Wiener Mülls und liefert dadurch Wärme für die angeschlossenen Betriebe und Anstalten.

Der Besuch der Sommerbäder war vom schlechten Wetter beeinträchtigt. Sehr zu begrüßen seien daher die Bäder mit vorgewärmten Wasser. Vielleicht könnten die Wassertemperaturen auch in den Hallenbädern erhöht werden. Man kann die Bemühungen des Stadtrates Pfoch, auch den privaten Bädern eine Modernisierung durch entsprechende Kreditaktionen zu ermöglichen, nur begrüßen. Die Menschen machen heute viel weniger Bewegung als früher und der Sport habe als Ausgleich unschätzbare Bedeutung.

Die Sozialdemokraten waren bereits nach dem ersten Weltkrieg bemüht, die Ausübung des Wassersportes zu fördern, und so entstanden Bäder, auch Kinderfreibäder, die damals beispielgebend für die ganze Welt waren. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat man diese Leistungen fortgesetzt. Die Wünsche der verschiedenen Bezirke wurden nun in einem Bäderkonzept festgehalten, das in Etappen verwirklicht werden soll. In erster Linie sollen das Dianabad und das Stadthallenbad, letzteres mit zwei sportgerechten 50-Meterbahnen, errichtet werden.

Während das Dianabad vor allem dem Erholungsbedürfnis und der Sportausübung der Bevölkerung Rechnung tragen soll, wird das Stadthallenbad ein ausgesprochenes Sportbad. Das Dianabad wird auch wieder über das gewünschte Wellenbad verfügen. Die Sportbecken in der Stadthalle werden nicht nur der Länge nach, sondern auch nach der Breite - die internationalen Normen sind seit neuestem 21 Meter - entsprechen.

GR. Stockinger schloß mit der Feststellung, daß das Bäderkonzept die Interessen der gesamten Wiener Bevölkerung vertrete.

Der nächste Debattenredner, GR. Dr. Ebert (ÖVP) gab zu bedenken, daß das heute so vielgerühmte Bäderkonzept keineswegs etwas Neues sei: schon lange vorher habe die ÖVP immer wieder Anträge eingebracht, auf dem Gebiet des Bäderwesens doch mehr für die Wiener Bevölkerung und im Dienste der Volksgesundheit zu tun. Während man früher nur hören konnte, für die Privatbäder sei kein Geld da, sie könnten ruhig zusperren, werden ihnen jetzt Kredite zum Ausbau der Anlagen angeboten.

Aber dazu sei es vielfach schon zu spät. Von 24 Privatbädern haben inzwischen zwölf geschlossen oder wurden als "Nobelbäder" zweckentfremdet. Jetzt baue man um viel Geld neue Bäder. Das hätte man - bei rechtzeitiger Vergabe von Krediten zum Ausbau der Privatbäder - billiger haben können.

Zur Bemerkung, die Sportverbände hätten den Dianabad-Plänen zugestimmt: Was hätten die Sportverbände schon anderes machen können? Für sie gab es ja gar keine Möglichkeit, den Einbau eines Sportbeckens mit 50 Meter-Bahnen zu erzwingen!

Hinsichtlich des Floridsdorfer Hallenbades wäre zu überprüfen, wieso noch immer nicht die genauen Kosten dieses Bades feststehen - worauf es zurückzuführen sei, daß immer wieder Nachtragsbudgets kommen.

Die Einführung der Plastiktonnen bei der Müllabfuhr sei zu begrüßen. Als er (Dr. Ebert) dies vor einiger Zeit anregte, habe es allerdings geheißen, Plastiktonnen seien ungeeignet, weil man keine heiße Asche einfüllen könne.

Abgelehnt werde derzeit noch die Verwendung von Papiersäcken. International sei man jedoch anderer Meinung: 14 europäische Länder verwenden bereits Papiersäcke zur Müllabfuhr, allein in England werden 70 Millionen verbraucht.

Damit die Müllfahrzeuge nicht derart den Verkehr behindern, sollte erwogen werden, am Abfuhrtag in den betreffenden Gassen durch ein befristetes Halteverbot eine Straßenhälfte freizuhalten.

Man sollte sich in Wien mehr für neue Methoden der Müllbeseitigung interessieren. Dr. Ebert verwies auf die Möglichkeit, kleine Haus-Müllverbrennungsanlagen einzurichten und erwähnte die Ableitung zerkleinerten Mülls durch den Kanal. Auch eine neue japanische Methode sollte geprüft werden: den Müll stark zusammenzupressen, um ihn leichter abtransportieren zu können.

Die Schlammrückstände, die sich in der Kläranlage Inzersdorf ergeben, sind ein unangenehmes Problem, dessen Lösung einer eingehenden und gewissenhaften Prüfung unterzogen werden muß. Abschließend schilderte der Gemeinderat aus persönlicher Erfahrung, daß gestern abend die Ringstraße, die Mariahilfer Straße und die Hauptverkehrsstraße nach Ober-St. Veit zwar peinlich von Schnee gesäubert, nirgends aber gestreut war. Der Effekt war eine einzige Glatteisdecke. Es sei unverständlich, warum man an die Schneeräumgeräte nicht gleich Streuwagen angehängt habe.

Zu einem zweiten Diskussionsbeitrag meldete sich dann GR. Peter (FPÖ) der die Behauptung von GR. Stockinger, er habe eine protektionistische Reinigung für die Gemeinderäte verlangt, unter Protest zurückwies. Seine Überlegung sei nur gewesen, daß es für einen Partieführer leicht gewesen wäre, hier den Schnee zu räumen und somit eventuelle Kritiken von vornherein auszuschalten.

GR. Schreiner (SPÖ): Das Schafbergbad, das sich schon im Jahr 1948 in keinem sehr guten sanitären und baulichen Zustand befand, litt natürlich wie alle übrigen Privatbäder unter der Konkurrenzierung durch die städtischen Bäder. Dennoch lehnten die Besitzer des Schafbergbades das Kaufangebot ab, woraus sich seiner Meinung nach der Schluß ergibt, daß es den Privatbädern doch nicht ganz so schlecht geht, wie GR. Ebert ausgeführt hat.

Der Redner warnte vor einer endgültigen Beurteilung über Güte und Qualität von Plastikrohren und Plastikgefäßen. Man müsse noch eine gewisse Bewährungszeit abwarten. Um eine geordnete rationelle und expandierende Wirtschaft in der Zukunft zu gewährleisten, dazu gehöre neben den benötigten Bodenflächen, Wohnungen, Arbeitsplätzen und anderem mehr auch das lebenserhaltende Wasser, die Kanalisation und Kläranlagen. Einrichtungen, die von der Bevölkerung da nicht sehr attraktiv und augenfällig-cher übersehen werden. Der Jahreswasserverbrauch ist seit dem Jahr 1912 auf das Doppelte gestiegen und erreichte im Jahr 1968 eine tägliche Verbraucherquote von 485.000 Kubikmetern. An Tagen mit Spitzenverbrauch sind es 700.000 Kubikmeter Wasser, die die Wasserwerke täglich aus ihren Reserven heranziehen müssen.

Die Wasserentnahme aus der Mitterndorfer Senke hat sich bisher leider nicht realisieren lassen. Das dort festgestellte unterirdische Reservoir erreicht eine Größe, die etwa der des Attersees entspricht. Aber schon vor 100 Jahren mußten hier Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. Eine unverständliche Haltung gegenüber den vitalen Interessen der Wiener Bevölkerung. Aber auch vom Bund erhalte man keine Unterstützung: Ein 1962 an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gerichtetes Ansuchen, wenigstens dort ein Schutzgebiet zu errichten, ist bisher ohne Antwort geblieben.

Bei einer weiteren Bedarfssteigerung kommen wir mit den vorhandenen Wiener Wasseranlieferungen und Speicherungen nur mehr knapp drei bis fünf Jahre aus. "Die technische Entwicklung können wir mitmachen, aber das Angebot an Wasser geht zu Ende."

Maßnahmen im Quellschutzgebiet: Riesige Gütererwerbungen - zuletzt ein Forstgut im Ausmaß von 5.423 Hektar sollen für die Ergiebigkeit und Reinerhaltung des Quellwassers sorgen. Ende 1967 hatten wir insgesamt 24.000 Hektar gesichert, das ist ein Gebiet, größer als das der Bezirke 1 bis 20.

Im Wiener Wasserbuch sind 1,7 Millionen Kubikmeter aus Gerinnen und 1,2 Millionen aus Grundwasser eingetragen, das heißt, daß bei uns fast 3 Millionen Kubikmeter Nutzwasser im Stadtgebiet selbst aufgebracht werden. Die größten Wasserentnehmer sind die E-Werke, die täglich 1,4 Millionen Kubikmeter verbrauchen.

Besondere Sorge bereite die zunehmende Verschmutzung des Wassers. Eine erste Kläranlage für etwa 20.000 Einwohnergleichwerte wurde 1951 errichtet. Sie kostete rund 7 Millionen Schilling. Die zweite Anlage im Blumental, die letztlich für 150.000 Einwohnergleichwerte ausreicht, kostet bereits 46 Millionen. (Die erste Ausbaustufe wird noch 1969 in Betrieb genommen werden). Die Hauptkläranlage schließlich, die man in Simmering errichten will, und die für 2 Millionen Einwohnergleichwerte ausgelegt ist, wird 650 Millionen kosten.

Man müßte den Bund an seine Verpflichtung erinnern, hier mitzuhelfen, zumal der größte Teil der Mittel des Wasserwirtschaftsfonds von den Wienern aufgebracht wird.

Der Redner richtet abschließend einen Appell an die Fraktion des Koalitionspartners, dem Slogan "ÖVP für Wien" etwas mehr Wahrheitsgehalt zu geben. Namens seiner Fraktion gibt er den Ansätzen des Kapitels VIII die Zustimmung.

GR. Dr. Strunz (ÖVP) gibt zu bedenken, daß das angesprochene Projekt von 1962 ein anderes als das heute zur Debatte stehende war. Damals waren nämlich 50 Rohrbrunnen aktuell. Dann kommt er auf die Brunnenabsenkungen bei Ebreichsdorf zu sprechen.

Zum Beweis der Tatsache, daß das Rohrnetz der I. und II. Hochquellenleitung schon lange reparaturbedürftig sei, zitierte der Redner ein Exposé der Wasserwerke aus dem Jahr 1953. Dort heißt es, das Rohrnetz befinde sich an der äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit, denn die Wasserversorgungsanlagen hätten mit der Entwicklung des Verbrauches nicht Schritt halten können.

Zu den Rohrnetzverlusten in Wien gab der Redner zu, daß der Wiener Prozentsatz - zehn Prozent - tatsächlich dem internationalen Maßstab entspreche. Durch neuartige Einrichtungen, darunter Alarmanlagen für Rohrbrüche, habe aber beispielsweise Hamburg seine Rohrnetzverluste auf 4,8 Prozent senken können, Berlin sogar auf 3,7 Prozent.

Deshalb brachte Dr. Strunz einen Antrag ein, der die Verwendung neuartiger Verfahren in Wien fordert, um eine Herabsetzung des Wasserverlustes von 17 Millionen Kubikmeter jährlich im städtischen Rohrnetz zu erzielen.

#### Schlußwort

In seinem Schlußwort wies Stadtrat Pfösch darauf hin, daß seit sechs Jahren hohe Beträge für die Wasserversorgungsanlagen aufgewendet werden. Daher sei die Behauptung unwahr, seit 1953 sei nichts geschehen. (Dr. Strunz: "Das sagt das Exposé der Wasserwerke!")

Die Leistungsverluste des städtischen Rohrnetzes in Wien seien, sagte Pfösch, nicht ausschließlich auf das Rohrnetz zurückzuführen. Vielmehr verursachen auch mangelhafte Installationen große Verluste.

Was die II. Mühlverbrennungsanlage betrifft, so sei es selbstverständlich, daß eine Ausschreibung gemacht wurde, da ja seit der Errichtung der ersten Anlage die Entwicklung weitergegangen ist und diesmal mehrere Firmen da waren, die als Anbotsteller in Frage kamen.

Die Fragen des Quellschutzes wurden bereits von GR. Schreiner beantwortet. Würden wird das Grundwasser, das zum größten Teil von der Industrie aufgebracht wird, mitrechnen, kämen wir auf eine tägliche Kopfquote von 600 bis 700 Liter.

Hilfe des Wasserwirtschaftsfonds: Seinerzeit wurde gesagt, unser Antrag wäre zu spät eingebracht worden. Nun haben wir jedoch einen Antrag rechtzeitig eingebracht und nun müßte sich der Wasserwirtschaftsfonds für Wien entscheiden.

Winterdienst: Seitens der Magistratsabteilung 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) geschieht das Mögliche, um die entsprechende Sicherheit auf Straßen, Plätzen und Übergängen zu sichern. Er lehne es jedoch ab, dafür verantwortlich gemacht zu werden, wenn jemand sein Fahrzeug unsachgemäß oder in einem schlechten Zustand betreibt und dadurch Unfälle verschuldet.

Schutzerdungen: Jeder Haushalt habe in immer stärkerem Maße Elektrogeräte in Verwendung. Man kann aber auch auf diesem Sektor nicht die Stadtverwaltung für alles verantwortlich machen. Die Industrie müßte für ihre Erzeugnisse Anweisungen zur Handhabung geben und bei starken Elektrogeräten müßte Vorsorge für die entsprechende Erdung getroffen werden. Trotzdem wird die Stadtverwaltung versuchen, Schutzmaßnahmen wie bisher aufrecht zu erhalten.

Die erste Ausbaustufe der Hauptkläranlage haben wir nur rechtsufrig der Donau im Raum von Kaiser-Ebersdorf vor; erst in die zweiten Ausbaustufe soll das linke Donauufer miteinbezogen werden.

Am Bäderkonzept wurde bereits seit 1966 gearbeitet. Man habe also nicht auf den Antrag der Volkspartei gewartet. Bereits damals wurde ein Finanzierungsplan erarbeitet und dem Gemeinderat bekanntgegeben. Parallel dazu soll nun die Raumordnung, also die Standortsicherung erfolgen. Über die

Errichtung jedes einzelnen Bades wird jedoch noch im Gemeinderat entschieden werden.

Die Planungsänderungen beim Dianabad erfolgten aus finanziellen Überlegungen. Die Stadtverwaltung wollte es keinesfalls auf sich nehmen, für ein einziges Bad 300 Millionen Schilling auszugeben, das in seinem Wirkungsgrad trotzdem eingeengt wäre. Es schien zweckmäßiger, mit 500 Millionen den Neubau von 14 Bädern innerhalb von sieben Jahren durchzuführen.

Für die dritte Wasserleitung werden jederzeit die notwendigen Beträge zur Verfügung stehen. Eine entsprechende Zusicherung des Finanzstadtrates ist vorhanden.

Abschließend stellt der Stadtrat fest, er bekenne sich zu dem Grundsatz, daß für eine echte Leistung ein echter Lohn und eine Gegenleistung geboten werden muß und daß gerade für die Dienstleistung das Kostendeckungsprinzip voll anwendbar ist. Er könne sich deshalb keinen anderen Weg für die Hereinbringung der erforderlichen Betriebskosten im Bereich seiner Geschäftsgruppe vorstellen.

Er appelliert an die Bevölkerung, das Schienenparkverbot zu beachten, damit die Räumfahrzeuge nicht durch parkende Fahrzeuge behindert werden.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des Kapitels VIII mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Der Antrag der Volkspartei, die Herabsetzung des Wasserverlustes des städtischen Rohrnetzes betreffend, wird dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Ing. Lust schließt um 17 Uhr die Sitzung. Die Verhandlungen werden morgen, Donnerstag, den 19. Dezember, um 9 Uhr, mit den Beratungen über die Geschäftsgruppe IX, Wohnungswesen, und die Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, fortgesetzt. Die Referenten sind Stadtrat Suttner und Stadtrat Dkfm. DDr. Prutscher.

(Ende des Sitzungsberichtes).

- - -

Jetzt die gesamte Stadtbahn mit Fahrscheinentwertern  
=====

18. Dezember (RK) Ab Samstag, dem 21. Dezember, werden in allen Stadtbahnstationen "eiserne Schaffner" in Betrieb stehen. Nachdem seit April dieses Jahres auf der Wientallinie die Bahnsteigsperrren mit Fahrscheinentwertern ausgerüstet wurden und später im Jahr die Donaukanal-Stadtbahnstationen, hat diese Rationalisierungsetappe diese Woche mit den Einbauarbeiten auf dem Gürtelsektor ihr Ende gefunden. Nun sind alle Stadtbahnstationen zwischen Hütteldorf und Heiligenstadt mit Entwertern ausgestattet.

Und so hat's der "eiserne Schaffner" gern: Fahrgäste, die bereits im Besitz einer markierten Wochen- oder Monatsstreckenkarte, beziehungsweise einer sonstigen Netz- oder Schülerstreckenkarte, oder eines Umsteigefahrscheines der Verkehrsbetriebe sind, können an diesen besonders gekennzeichneten Sperrren ohne den Fahrausweis vorweisen zu müssen, "durchgehen". Alle anderen bedient der Kollege aus Fleisch und Blut. - In diesem Zusammenhang wiederholen die Verkehrsbetriebe ihre Bitte, nicht zu schwindeln. Es schädigt uns alle und kostet den Einzelnen obendrein hundert Schilling oder gar eine Strafanzeige.

- - -

Rudolf Geyer zum Gedenken  
=====

18. Dezember (RK) Auf den 19. Dezember fällt der 10. Todestag des ehemaligen Direktors des Archivs der Stadt Wien Univ. Doz. Dr. Rudolf Geyer.

Er wurde am 31. Jänner 1891 in Wien geboren, wo er an der Universität das Geschichtsstudium absolvierte und am Institut für österreichische Geschichtsforschung seine weitere wissenschaftliche Ausbildung erhielt. 1921 trat er in den Gemeindedienst ein und fand zunächst als Verwaltungsbeamter Verwendung. Seit 1925 arbeitete er im Archiv und beschäftigte sich lange mit den Beständen des Gerichtsarchivs, der größten Sonderabteilung des Stadtarchivs. Seit dieser Zeit begannen auch seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die sich vor allem mit Themen der Wirtschafts-, Sozial- und Verwaltungsgeschichte befassen. Am bekanntesten geworden sind die Schriften "Handbuch der Wiener Matriken", "Urkunden aus Wiener Grundbüchern zur Geschichte der Wiener Juden im Mittelalter" sowie Band I der "Materialien zur Geschichte der Preise und Löhne in Österreich". Andere besonders wichtige Aufsätze sind "Siegel und Wappen der Stadt Wien", "Das Archiv der Stadt Wien", "Die mittelalterlichen Stadtrechte Wiens", "Ein Prozeß um die Gründungsurkunde des Wiener Heiligengeistspitals". Seit Herbst 1946 fungierte Rudolf Geyer als Direktor des Archivs der Stadt Wien. Im gleichen Jahr hatte er sich als Dozent für Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit habilitiert. Als Leiter des Archivs war er erfolgreich bestrebt, dessen Bestand zu erweitern und durch interne organisatorische Reformen für die Benützung aufzuschließen. Seit 1945 gehörte er auch dem Ausschuß des Vereins für Geschichte der Stadt Wien an, dessen Jahrbuch er bis zu seinem Tode herausgab.